



1. Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?

[...] In den kommenden vier Jahren werden wir durch eine „Offensive Ländlicher Raum“ die Voraussetzungen für eine gute Entwicklung in allen Regionen schaffen. Dabei setzen wir auch [...] auf regionale Wertschöpfungsketten. Sie sind besonders wichtig für die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume und für die Entwicklung der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, um jenseits von Wachsen und Weichen eine Perspektive aufzubauen. Das örtliche Handwerk, die Dienstleister und vor allem die Gastronomie- und Tourismuswirtschaft – aber auch der Naturschutz – bieten sich als ideale Kooperationspartner an. In der starken Nachfrage nach regionalen und mit besonderen Standards erzeugten Lebensmitteln liegen viele Chancen. Wir schaffen die Voraussetzungen, um den Verbrauchern mehr Angebote in Sachen Nachhaltigkeit, Tierwohl

[...].
1. Wir wollen Regionen, die strukturschwach sind oder sich im Wandel befinden, zielgenau fördern. Die bewährte Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Agrarstruktur und Küstenschutz“ werden wir für bessere wirtschaftliche Perspektiven in städtischen und ländlichen Regionen in ganz Deutschland weiter entwickeln. [...] Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität, bei der Bewältigung von Leerstand in Wohn- und Gewerbeimmobilien und beim Ehrenamt unterstützen.
2. Zudem wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen. Davon profitieren kleine Unternehmer wie beispielsweise ein Möbelschreiner oder eine Bäckerin. So bleiben die Regionen lebendig

Wir wollen alle Akteure in regionalen Wertschöpfungsketten stärken. Verbraucher und Verbraucherinnen brauchen Klarheit für ihre Kaufentscheidung. Daher machen wir uns stark für eine Regionalkennzeichnung, die Transparenz schafft. Das wollen wir zum einen durch eine verpflichtende Positivkennzeichnung regionaler Produkte und zum anderen durch eine Weiterentwicklung des Regionalfensters erreichen. Damit die Produkte aus der Region finden, wollen wir ein Bundesprogramm Regionalvermarktung auflegen, das Regionalinitiativen vernetzt, Wissenstransfer leistet und Informationskonzepte für Verbraucher und Verbraucherinnen umsetzt. So etablieren wir neue Belieferungs- und Vermarktungsketten in der Region. Damit die Nachfrage nach regionalen Produkten auch gedeckt werden kann, wollen wir Betriebe bäuerlicher Landwirtschaft und das regionale Lebensmittel-

(Vgl. Frage 7. u. 8.). [...] Darüber hinaus will DIE LINKE die Agrarförderung im Interesse der regional verankerten Agrarbetriebe und lebendiger Dörfer neu ausrichten, auch um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken. Ziel der Agrarförderung sollte generell die Unterstützung arbeitsintensiver, besonders sozialverträglich ausgestalteter oder ökologisch besonders wirksamer Anbau- oder Tierhaltungsmethoden sein. Deshalb wollen wir die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nach 2020 konsequent nach dem Prinzip „öffentliche Leistungen“ ausgestalten und Politik für die ländlichen Räume stärker mit der Agrarpolitik verzahnen. DIE LINKE will zudem landwirtschaftsfremde Investoren sowohl vom Bodenerwerb als auch von der Agrarförderung ausschließen. Der direkte oder indirekte Einstieg von Investoren in

Wir Freie Demokraten sehen Möglichkeiten zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten und einer wohnortnahen Nahversorgung in einer ausgewogenen, mittelstandsfreundlichen Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik. Für kleine und mittlere Unternehmen fordern wir einfachere Regeln. Denn kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Freiberufler bieten den meisten Menschen in Deutschland einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Sie haben im Regelfall weder Rechts- noch Steuerabteilungen. [...] Des Weiteren planen wir, die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur zu erhöhen und damit die jahrelange Unterfinanzierung dort zu beenden.[...]. Der Bund muss deutlich mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Und das nicht nur für Bundesautobahnen oder -fernstraßen, sondern auch für den schienengebundenen ÖPNV. Wir wollen zudem,



1. Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?

und Regionalität zu machen. Dazu zählen die Einführung eines freiwilligen Tierwohllabels u. die Unterstützung von entsprechenden Initiativen der Wirtschaft und von Erzeugerzusammenschlüssen. Entscheidend ist dabei, dass die Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft – auch die Genossenschaften – durch Innovation, Differenzierung und intelligente Produktstrategien neue Absatzchancen im Blick haben und konsequent nutzen. Das werden wir mit unserer Wirtschaftsförderung für die Regionen unterstützen und dafür die bestehenden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ u. „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit besonderem Fokus auf den ländlichen Raum weiterentwickeln. Die rasante Entwicklung von Digitalisierung und Kommunikation macht es ein-

und wir sorgen gleichzeitig für Zukunftsperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum.

3. Wir wollen die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Dadurch verbleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein fairer Preis für Lebensmittel trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen außerdem nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden.

4. Gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir regionale Innovationsagenturen gründen. Sie treiben gesellschaftlich sinnvolle Innovationsansätze voran, unterstützen den digitalen Wandel in der Fläche und vor allem den

handwerk stärken. Der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten muss dabei in ein Gesamtkonzept für lebenswerte ländliche Räume eingebettet werden. Durch einen stärkeren Austausch zwischen Stadt und Land und mit guten Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien kehrt das Leben in die Ortskerne und damit die Kaufkraft für Verkaufsstellen regionaler Betriebe zurück.

Landwirtschaftsbetriebe inklusive feindlicher Übernahmen ist nicht im Interesse des Gemeinwohls und entzieht den ortsansässigen Betrieben die Produktionsgrundlagen. Wir halten die derzeitige Agrarexportorientierung der Politik für kontraproduktiv. Die Priorität der Agrarpolitik muss auf einer gemeinwohlorientierten Landwirtschaft liegen, die einen vorrangigen Versorgungsauftrag hat und lokal verankerte Landwirtschaftsbetriebe, regionale Verarbeitung und Vermarktung stärkt. So kann gut bezahlte Arbeit in der Landwirtschaft entstehen für gut ausgebildete Menschen und damit auch lebendige Dörfer zum Leben und Arbeiten.

dass der Bund in den nächsten 20 Jahren jeweils zwei Milliarden Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlt. Denn Kommunen und Länder können den Sanierungsstau bei ihren Verkehrswegen nicht allein beheben.[...]. In der Landwirtschaft fordern wir, dass die positiven Entwicklungen genutzt werden, damit die Landwirtschaft ihre Erlöse am Markt zukunftssicher erzielen kann. Das Greening als Kopplung der Direktzahlungen an öffentliche Leistungen werden wir mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie kritisch begleiten. Den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft wollen wir die Einrichtung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit sie eigenverantwortlich und selbstbestimmt für die branchentypischen Krisen der „Werkbank unter freiem Himmel“ vorsorgen können. Somit werden sie unabhängiger von teuren öffentlichen Liquiditäts- und Ret-



1. Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?

facher, regionale Wertschöpfungsketten zu organisieren oder sie darauf sogar zu gründen. Deshalb wollen wir die Plattform-Ökonomie und Big-Data-Anwendungen auch im ländlichen Raum fördern. Es besteht ein Bedarf an regional organisierten und sicheren Plattformen für Wertschöpfungsketten und Daseinsvorsorge, wie z. B. für den öffentlichen Nahverkehr [...], für die Organisation der Kinderbetreuung u. Altenpflege durch die Verschränkung ehrenamtlicher Arbeit mit hauptamtlichen Trägern oder auch für regionale Crowdfunding und-investing Projekte. [...]. Innovative Modellvorhaben zur Digitalisierung können z. B. aus dem Bundesprogramm ländliche Räume gefördert werden, das unser Bundeslandwirtschaftsminister in den letzten Jahren aufgebaut hat und das wir noch verstärken wollen. [...].

Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Unternehmen. [...].

5. Im ländlichen Raum sorgen wir für eine starke öffentliche Infrastruktur, damit keine Region abgehängt wird. Mit den Regionalisierungsmitteln werden wir weiterhin einen attraktiven Schienenpersonennahverkehr sicherstellen.

6. Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie medizinische Versorgung oft Standard. Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung.

tungsprogrammen. Die jüngsten Preiskrisen der Branche haben zudem gezeigt, dass wir wieder für einen fairen Wettbewerb und eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels sorgen müssen. Dazu wollen wir die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken.



2. Wie können gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften so gestaltet werden, dass regional agierende Akteure und deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt bzw. klein- und mittelständische Strukturen gestärkt werden?

Wir wollen die Mitte unserer Gesellschaft und den Zusammenhalt in unserem Land stärken. Deswegen ist uns die Unterstützung regionaler sowie klein- und mittelständischer Potenziale ein wichtiges Anliegen. Gerade für - regional oft fest verwurzelte - mittelständische Unternehmer, Handwerker, Landwirte und ehrenamtlich Engagierte sind überbordende bürokratische Anforderungen eine ernste Erschwernis. Wir brauchen deshalb eine neue Gesetzgebungs- und Verwaltungskultur, bei der die Vermeidung oder Begrenzung neuer Regelungen im Vordergrund steht. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben soll deshalb - soweit vertretbar - auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis eine Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist. Das stärkt ganz unmittelbar kleine und mittelständische Strukturen. Auch im Rahmen der EU-

Wir haben in dieser Legislaturperiode einen stabilen institutionellen Rahmen für den Bundesverband Regionalbewegung geschaffen. Damit ist die Grundlage für eine dauerhafte Beteiligung am öffentlichen Leben geschaffen. Wir werden darauf achten, dass der Bundesverband bei allen kommenden Gesetzgebungsvorhaben, die einen Bezug zu regionalem Leben haben, mit einbezogen wird, damit seine Stimme Gehör findet und die Interessen der kleinen und mittelständischen Betriebe gewahrt bleiben.

Wir wollen Regeln so gestalten, dass sie vor allem in kleineren Unternehmen weniger Bürokratie auslösen. So sollen viel mehr Unternehmen die Umsatzsteuer erst abführen müssen, wenn Kund*innen bezahlt haben (Ist-Versteuergrenze auf 2 Mio. Euro vervierfachen). Wir wollen einen unkomplizierten steuerlichen Forschungsbonus von 15% auf alle F&E-Ausgaben in kleinen und mittleren Unternehmen einführen und kleine Anschaffungen sollen leichter abgeschrieben werden können. Dafür wollen wir die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro deutlich steigern. Besonderes Augenmerk legen wir auf junge Unternehmen. Für Gründer*innen ist es wichtig, dass sie sich um ihre Gründung kümmern können, nicht um Bürokratie und Behördengänge. Wir fordern deshalb zwei Jahre Befreiung von nicht unbedingt nötigen Melde- und

DIE LINKE setzt sich in fast allen politischen Belangen für regionale Wirtschaftskreisläufe ein. Neben einer konsequenten Re-Kommunalisierung stehen wir für die Förderung von Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU), die meist in der Region verankert sind. Auch aus diesem Grund lehnen wir die „Freihandelsverträge“ (TTIP, CETA, Jefta, TiSa etc.) ab, da hierüber regionale Strukturen zerstört und politische Entscheidungen vor Ort ausgehebelt werden könnten. Für die meisten KMU würde hiermit der Verdrängungswettbewerb stark zunehmen, sie würden schlicht scheitern. DIE LINKE betrachtet die rückläufigen Innovations- und Forschungsaktivitäten des Mittelstandes als großes Problem. Die meisten Strategien der Bundesregierung adressieren aber vor allem exportorientierte Großunternehmen. Dienstleistungen

Wir Freie Demokraten wollen einfachere Regeln für kleine und mittlere Unternehmen. [...]. Dazu gehört vor allem den Grundsatz der IST-Be-steuerung bei der Umsatzsteuer durchsetzen. In der Regel gilt für Unternehmen in Deutschland die sogenannte SOLL-Besteuerung. Unternehmen müssen dabei die Umsatzsteuer für einen Auftrag an den Staat zahlen, egal ob der Kunde bereits bezahlt hat. [...]. Um kleine und mittlere Unternehmen stärker zu entlasten fordern wir Freie Demokraten die Regeln auf dem Gebiet der Sozialversicherungspflichten zu vereinfachen. Deshalb fordern wir die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Denn [...] müssen Arbeitgeber den voraussichtlichen Sozialversicherungsbeitrag für den laufenden Monat schätzen und diesen vor der Fälligkeit der Lohnzahlung abführen. Im Folgemonat sind die Erklärungen dann entsprechend den tatsächlichen Entgelten zu



2. Wie können gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften so gestaltet werden, dass regional agierende Akteure und deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt bzw. klein- und mittelständische Strukturen gestärkt werden?

Agrarpolitik wollen wir den bürokratischen Aufwand für Verwaltung und Betriebe reduzieren. Wir brauchen mehr Ausnahmeregelungen für kleine Betriebe und müssen Mehrfachkontrollen verhindern. Um Handwerksbetriebe bei der Umsetzung von Hygieneanforderungen zu unterstützen, setzen wir uns für die Erhöhung der Investitionszuschüssen für Kleinst-, kleine und mittlere Verarbeitungsunternehmen vor allem im Ökobereich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie für eine bessere Information über einfache und effiziente Umsetzungsmöglichkeiten ein.

Berichtspflichten. Gründungsberatung und -förderung soll aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ erfolgen. Insbesondere mit der Digitalisierung besteht eine enorme Chance, Bürokratie abzubauen und Verwaltungsvorgänge mit wenig Aufwand abzuwickeln. Wir wollen die elektronische Kommunikation mit Behörden deutlich voranbringen, z.B. mit einem einheitlichen Portal für alle elektronischen Verwaltungsvorgänge. Hier liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit zurück.

sowie kleinere Unternehmen aus dem Bereich Mid- und Low-Tech fallen häufig durch das Raster. Wir fordern alternativ eine stärkere KMU-Orientierung der Wirtschafts- und Forschungsförderung mit geringstem bürokratischem Aufwand - in der Region und für die Region. [...] DIE LINKE wird auch weiter die öffentliche Gründungsförderung unterstützen, besonders in strukturschwachen Regionen. Das Risiko von Unternehmensgründungen lässt sich hier u.a. auch durch gemeinschaftliche Eigentumsformen mindern. Deshalb wollen wir neue Modelle (etwa auf Genossenschaftsbasis) fördern, Selbstständige besser vernetzen und Gründungen erleichtern. Wir wollen Unternehmensgründungen und insbesondere solidarisches Wirtschaften vor Ort stärken. [...].

korrigieren. Das führt dazu, dass faktisch nicht mehr zwölf, sondern 24 Monatsabrechnungen im Jahr erstellt werden müssen. Wir Freie Demokraten wollen eine verbindliche Mittelstandsklausel auf Bundesebene einführen. Demnach sollen alle Gesetze und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen geprüft werden. Denn der Mittelstand ist das Rückgrat und die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen. Rund 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten dort. Auch die meisten Auszubildenden lernen in kleinen und mittleren Unternehmen. Deshalb müssen neue Gesetze und Verordnungen dieser besonderen Bedeutung des Mittelstandes in Deutschland gerecht werden.



3. Welche Chancen sehen Sie in regionalen Kreisläufen für die internationale Wirtschaftspolitik bzw. die deutschen Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit?

In dem Aufbau regionaler Kreisläufe und von Wertschöpfungsketten sehen wir einen Schlüssel für die ländliche Entwicklung weltweit. [...] Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind wieder in den Fokus gerückt seit die Union das Ressort für wirtschaftliche Zusammenarbeit besetzt. Dabei setzen wir z. B. auf Partnerschaftsprojekte zum Know-How-Transfer, Bildung und Ausbildung der Menschen vor Ort, die Entwicklung angepasster technischer Lösungen, den Aufbau von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen - vielfach genossenschaftlich organisiert - sowie den Ausbau der ländlichen Infrastruktur. So wollen wir wirtschaftliche Chancen und Zukunfts- und Bleibeperspektiven für die Menschen - gerade auch den Kleinbauern - in ihren Heimatländern eröffnen. Deutschland hat seine Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit

Die SPD sieht große Potentiale im regionalen Wirtschaften [...]. So wollen wir die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken. Auch Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. [...] Vor allem ein fairer Preis für Lebensmittel trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern. Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland und den Exportmärkten stehen. Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden. [...] Dabei sehen wir die ländliche Entwicklung und insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Klein-

Unsere Antwort auf die Wirtschafts-, Klima-, Biodiversitäts- und Gerechtigkeitskrise sowie die Verknappung der Ressourcen ist eine sozial-ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die konsequente Umsetzung der Pariser Klimaziele und der globalen Nachhaltigkeitsziele erfordern eine stärkere Regionalisierung. In regionalen Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufen werden Transport-, Energie-, und Versorgungsstrukturen ressourcensparend auf- und umgebaut. Regionale wirtschaftliche Aktivitäten bieten auch eine Reihe von Ansatzpunkten, ökologisch nachhaltiger zu arbeiten. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit setzen wir uns für ein nachhaltiges, inklusives und beschäftigungswirksames Wachstum ein. So möchten wir beispielsweise im Einklang mit den Prioritäten der Entwicklungsagenda der Afrikanischen Union die Integration und den regio-

DIE LINKE setzt sich einerseits besonders für den Schutz regionaler und lokaler Kreisläufe gegen das tödliche Freihandelsdogma und andererseits für eine starke Förderung von regionalen Wertschöpfungsketten über die Entwicklungszusammenarbeit in den Ländern des Südens ein. Eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung, die allen Menschen zu Gute kommt, kann es nur durch das Erreichen von Ernährungssouveränität und eine eigene industrielle Produktion geben, die die Volkswirtschaften dieser Länder unabhängiger von Güter- und Kapitalimporten macht. Die Konzepte der regionalen Kreisläufe eignen sich deshalb besonders gut, um ein inklusives Wachstum zu erreichen, welches allen Menschen den Zugang zu einer Basisinfrastruktur (Bildung, Gesundheit, Soziales) bieten und außerdem eine gerechtere Einkommens-

Wir Freie Demokraten haben verstanden, dass die globalen Verwerfungen gerade dem industriellen Mittelstand große Sorgen bereiten. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen deshalb in die Lage versetzen, schnell und unbürokratisch neue Märkte zu bedienen. [...] Wir fordern einen spürbaren Abbau von Außenwirtschaftsbürokratie, so dass beispielsweise bei der Exportkontrolle identische und zeitintensive Doppelprüfungen durch BAFA und Zoll wegfallen. Wir wollen die Erfahrungen der Industrie im jeweiligen Land bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen nutzen und sicherstellen, dass sich Auslandsaufträge durch eine aggressive Besteuerung im Ausland nicht immer öfter im Nachhinein zu Verlustgeschäften entwickeln und den Mittelstand auf Dauer abschrecken. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine europäisch abgestimmte, effektive und wirksame Entwicklungszu-



3. Welche Chancen sehen Sie in regionalen Kreisläufen für die internationale Wirtschaftspolitik bzw. die deutschen Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit?

seit 2005 von 3,9 Mrd. Euro auf 8,5 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. [...]. Unser Ziel ist es [...], dass das Recht auf Nahrung für alle Menschen Realität wird. Der Schlüssel ist die Stärkung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume weltweit. Dabei gilt es, die erforderliche Steigerung der Nahrungsmittelproduktion umweltfreundlich und ressourcenschonend zu erreichen und dabei auch die wirtschaftliche Lage von regionalen Herstellern und Verbrauchern in den Entwicklungsländern zu verbessern. [...]. CDU und CSU schlagen einen Marshall-Plan mit Afrika vor. Ein solcher [...] soll die Empfänger in Afrika zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigen. Gem. mit der Afrikanischen Union wollen wir erreichen, dass eine neue mittelständische Kultur der Selbstständigkeit entsteht.

bauern als einen zentralen Baustein an. [...]. Den ländlichen Raum in Entwicklungsländern wollen wir stärken durch Investitionen in die Infrastruktur [...] und durch die Förderung von Wertschöpfung vor Ort und den Schutzes lokaler Märkte vor Dumpingimporten. Wir werden auch die Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten [...] prüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone unterstützen. Wir setzen uns zudem für einen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölkerung ein und werden „landgrabbing“ sowie die zunehmende Monopolisierung des Saatguthandels [...] nicht akzeptieren.

nalen Handel in Afrika unterstützen. So wird die Eigenständigkeit gestärkt und auch Vielfalt bewahrt. Wir setzen dazu u. a. auf die Förderung dezentraler erneuerbarer Energien, auf eine standortangepasste ökologische Landwirtschaft und fairen Handel. Unsere Agrar-, Fischerei- und Handelspolitik soll die Regionalisierung und Wertschöpfung in Entwicklungsländern stützen und dieser nicht, wie z.B. durch Exporte von Hähnchenteilen, entgegen wirken.

und Vermögensverteilung garantieren kann durch die Beteiligung von Akteuren auf allen Ebenen der Produktionskette in den Ländern und Regionen des Südens.

sammenarbeit ein, die auf Qualität der eingesetzten Mittel setzt statt auf deren Quantität. Dabei legen wir Wert auf eine bessere Differenzierung bei der Auswahl der Partnerländer. Es muss verstärkt auf die Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maßnahmen geachtet werden. Nötig sind neue Kooperationen zur Integration der deutschen und lokalen Privatwirtschaft und Entwicklungspartnerschaften mit neuen Gebern. Wir fordern kohärentere Ansätze innerhalb der Bundesregierung und der Europäischen Union, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit.



4. Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft?

Die Deutschen lehnen grüne Gentechnik mehrheitlich ab. Dem wollen wir mit der Umsetzung des nationalen Anbauverbotes Rechnung tragen. Forschungsanbau muss aber möglich bleiben. Wir brauchen mit Blick auf die weltweite Nutzung der Gentechnik Kompetenzen für eine eigene Bewertung von Chancen und Risiken.

Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab. An der Saatgutreinheit und der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden. Wir werden zudem sicherstellen, dass auch bei den sogenannten neuen Gentechnikverfahren das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleistet sind und damit erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

Gentechnik gehört für uns nicht auf Acker und Teller. Die Agro-Gentechnik widerspricht dem Ziel einer zukunftsfähigen, umweltgerechten Landwirtschaft. Deshalb lehnen wir Freisetzung, Anbau bzw. Zucht und Import von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren ab. Die Herstellung von gentechnisch veränderten Tieren widerspricht darüber hinaus dem Tierschutzgedanken. Auch Genome Editing und ähnliche neue Verfahren sind Gentechnik: Das Erbgut wird gezielt manipuliert und im Labor hergestellte Bausteine werden eingeführt – mit vergleichbaren Risiken und Nebenwirkungen. [...] Eine transparente Kennzeichnung ist entscheidend [...]. Ergänzend zur bestehenden Kennzeichnungspflicht setzen wir uns für die Kennzeichnung von Produkten von Tieren ein, die mit gentechnisch verändertem Futter, meist Import-Soja, gefüttert wurden.

DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik seit langem ab. Wir wollen die Aussaat und den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland sowie deren Handel verbieten. Es ist politisch inakzeptabel, den einheimischen Anbau als zu riskant zu verbieten, ihn aber anderswo über den Handel zu motivieren. [...] Bis zu einem vollständigen Verbot setzt sich DIE LINKE weiterhin für umfassende und verbraucherfreundliche Kennzeichnungspflichten ein. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Produkte von Tieren, die mit gv-Futtermitteln gefüttert wurden, gekennzeichnet werden müssen. Die „Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung“ unterstützen wir. [...] (Sie) sollte aber weiterentwickelt, beispielsweise die Übergangsfristen der Fütterungszeit mit GV-Futtermitteln verringert werden. [...].

Für die Freiheit der Forschung stehen wir Freie Demokraten auch bei der Grünen Gentechnik ein. Hinsichtlich des praktischen Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Deutschland sehen wir derzeit keinen politischen Handlungsbedarf. Neben der überwiegenden Skepsis sowohl auf Seite der Verbraucher als auch auf Seite der landwirtschaftlichen Erzeuger ist festzustellen, dass auch die klassische Pflanzen- und Saatgutzüchtung heute in vielen Bereichen, etwa bei Ertragssteigerung und Resistenzen, erhebliche Fortschritte gemacht hat. Hinsichtlich des Imports von GVObasierten Futtermitteln wollen wir Transparenz für die Endverbraucher. [...] Mit neuen Forschungsrichtungen der Grünen Biotechnologie wie dem „Genome-Editing“ wollen wir offen und transparent umgehen. [...].



5. Wie kann aus Ihrer Sicht eine unabhängige Agrarforschung gewährleistet werden?

Deutschland verfügt über eine leistungsstarke öffentliche und unabhängige Agrarforschung [...]. Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Agrar- und Ernährungsforschung so-wie die Forschung zum gesundheitlichen Verbraucherschutz kontinuierlich ausgebaut. [...]. Die Forschung für den Ökolandbau fördern wir mit dem Bundesprogramm BÖLN in besonderer Weise. Damit die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnell in der Praxis ankommen, lässt die Bundesregierung Modell- und Demonstrationsvorhaben durchführen. In der neuen Legislaturperiode werden wir zudem einen Innovationsfonds für Landwirte auflegen. Wir werden unsere Innovationsoffensive Agrarwirtschaft und Ernährung fortsetzen und dafür die Forschung institutionell wie auch in Projekten weiter verlässlich fördern. [...]. Wir werden dabei auf eine stärkere

Eine auf Dauer unabhängige Agrarforschung muss frei von Einzelinteressen sein. Das ist am ehesten bei einer staatlich finanzierten Forschung der Fall.

Wir wollen die Bundesmittel für Agrarforschung sichern und die zuständigen Institutionen erhalten.

Was staatliche Hochschulen angeht, sind diese in vergangenen Jahren durch teils stagnierende oder gar rückläufige Grundfinanzierung zunehmend unter finanziellen Druck geraten. Wir setzen uns dafür ein, die Grundfinanzierung an den Hochschulen zu verbessern, und zwar durch eine bessere Ausfinanzierung des von Bund und Ländern getragenen Hochschulpakts.

DIE LINKE setzt sich generell für eine Stärkung der angewandten Forschung in der Landnutzung ein. Das bedeutet, dass dem Bereich von Entwicklungs- und Erprobungsprojekten in der landwirtschaftlichen Forschung wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt werden muss. Das auf so genannte Exzellenzkonzepte ausgerichtete Wissenschaftsbewertungs- und -fördersystem ist gerade bei angewandten und interdisziplinären Fächern wie den Agrarwissenschaften bedenklich. Es vergeudet personelle und finanzielle Ressourcen für die Einwerbung von Drittmitteln und grenzt die Kreativität ein, weil es den Besonderheiten in diesem Forschungsbereich nicht gerecht wird – von den prekären Beschäftigungsverhältnissen mal ganz abgesehen. Deshalb schlagen wir eine unabhängige Agrarforschungsförderstruktur vor – gern

Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass sich die Forschungslandschaft aus einer starken privaten Agrarforschung einerseits und gut ausgestatteten landwirtschaftlichen Forschungsanstalten von Ländern und Bund bewährt hat. Nicht zuletzt bei der Pflanzen- und Saatgutzüchtung ist eine staatlich geförderte Grundlagenforschung mit öffentlich zugänglichen Ergebnissen derzeit ordnungspolitisch unerlässlich, um eine möglichst vielfältige Marktstruktur mit mittelständischen Anbietern zu erhalten und einer zunehmenden Konzentration von Marktmacht auf wenige Großanbieter entgegenzuwirken.



5. Wie kann aus Ihrer Sicht eine unabhängige Agrarforschung gewährleistet werden?

Vernetzung und strategische Ausrichtung der Agrarforschung hinwirken. Ein wichtiges Ziel bleibt die Verbesserung der Praxisrelevanz der geförderten Forschungsprojekte. [...] Dabei wollen wir, dass im Sinne einer echten Innovationsoffensive alle in der Wertschöpfungskette Beteiligten eingebunden und mit der Forschung vernetzt werden. Wir setzen auf eine breite Themenpalette, die die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit [...] unserer bäuerlichen Betriebe im konventionellen wie ökologischen Landbau stärkt, den Umwelt-, Klima- u. Tierschutz verbessert, Tierkrankheiten u. Zoonosen verhindert, einen Beitrag zur Welternährung leistet, innovative Entwicklungen bei nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergie fördert, die Lebensmittelsicherheit verbessert und valide Erkenntnisse für eine gesunde Ernährung liefert.

auch eine Landwirtschaftsakademie – die eine eigenständige Agrarforschungsstrategie entwickelt und koordiniert umsetzt. Priorität muss die Forschung und Erprobung von Lösungsansätzen zu nachhaltigen Landnutzungssystemen mit der Einbindung in die Entwicklung des ländlichen Raumes als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum haben. Das schließt neben der Lebensmittelerzeugung auch die Wertschöpfungs- und Vermarktungskette für verschiedene andere Bereiche wie erneuerbare Energien oder pflanzliche Rohstoffe ein. Für DIE LINKE ist wichtig, dass bei den Forschungsansätzen die soziale Frage stets Bestandteil ist mit dem Ziel, Forschung und Innovation für lebendige Dörfer und gute Arbeit miteinander zu verknüpfen.



6. Welche gesetzlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, dass zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen der Aspekt einer regionalen Versorgung rechtsverbindlicher Bestandteil sein kann?

Seit Verabschiedung des Vergaberechtsmodernisierungsgesetzes im Dezember 2015 ist es möglich, sog. strategische Ziele in den Vergabeauftrag zu integrieren. Gemäß § 97 Absatz 3 und § 127 GWB werden bei der Vergabe Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte berücksichtigt. Ein „regionaler Bezug“ kann nach aktueller Gesetzeslage also durchaus in einen Vergabeauftrag integriert werden. Voraussetzung ist dabei jedoch immer, dass ein direkter (also sachlich nachweisbarer) Auftragsbezug hergestellt wird. Auch muss die Möglichkeit eines wirksamen Wettbewerbs gewährleistet werden.

Die Grundsätze des gerade erst novellierten Vergaberechts sehen vor, dass öffentliche Aufträge im Wettbewerb vergeben werden. Die Teilnehmer im Wettbewerb sind dabei gleich zu behandeln. Diese Grundsätze können grundsätzlich nicht mit dem Argument eingeschränkt werden, dass Aufträge in der Region bleiben sollen. Die Gestaltung einer Ausschreibung in der Weise, dass lokale Unternehmen begünstigt werden, verstößt vielmehr gegen das Diskriminierungsverbot und das Gleichbehandlungsgebot. Bei der Vergabe werden nach dem neuen Vergaberecht allerdings künftig vermehrt Aspekte der Qualität und der Innovation sowie umweltbezogene und insbesondere auch soziale Aspekte berücksichtigt. Die Berücksichtigung dieser qualitativen und Nachhaltigkeitsaspekte kann im Einzelfall zur Folge haben, dass regionale Produkte (etwa aufgrund der besseren Ökobilanz regionaler Lebensmittel) sich als wirtschaftlichste Angebote dar-

Damit öffentliche Einrichtungen besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können, wollen wir Regionalität und die Möglichkeit, kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken. Denn mit einer klaren Ausrichtung der öffentlichen Vergabe auf innovative und ökologische Beschaffungskriterien kann die Markterschließung für nachhaltige und regionale Produkte gezielt vorangebracht werden. Das neue EU-Vergaberecht hat für die Mitgliedsstaaten mehr Spielräume für nachhaltige, soziale und ethisch verantwortliche Vergabe geschaffen, bei der nicht mehr alleine der Preis sondern das beste Preis-Leistungs-Verhältnis ausschlaggebend sein kann. Wir machen uns dafür stark, diese Spielräume auf Bundesebene auch auszunutzen: Wir wollen sozial-ökologische Kriterien im Vergaberecht verpflichtend vorsehen und Gütezeichen und Label als Nach-

DIE LINKE hat die Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode aufgefordert, eine umfassende Modernisierung des deutschen Vergaberechts vorzulegen und dabei den qualitativen Spielraum des europäischen Vergaberichtlinienpakets nach oben voll auszuschöpfen. Aus Sicht der LINKEN sollten verbindliche soziale und ökologische Kriterien für die Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand gelten. Dies würde auch dem Aspekt der regionalen Versorgung zugutekommen. Verstöße gegen das Umwelt-, Arbeits- und Sozialrecht sind als zwingende Ausschlussgründe bei der Vergabe von Aufträgen und Konzessionen zu definieren. Zu diesem Zweck sollten mittels eines Ausschlussregisters Verstöße allen Vergabestellen des Bundes, der Länder und Kommunen bekannt gemacht werden. Auch die Subunternehmervergabe

Die Öffentliche Hand stellt mit ihren Aufträgen eine Nachfragemacht in Deutschland und Europa dar. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen unterliegt aus diesem Grund zahlreichen Vorgaben des nationalen und europäischen Vergaberechts, die eine nachvollziehbare, wirtschaftliche und neutrale Auftragsvergabe gewährleisten sollen. Wir Freie Demokraten setzen uns auf den Ebenen der EU, des Bundes und der Bundesländer für eine entbürokratisierte, wirtschaftsfreundliche und effiziente Anwendung der Gesamtheit der Regeln und Vorschriften des Vergaberechts ein. Hierbei müssen die jeweiligen Interessen der Öffentlichen Hand als Auftraggeber, die der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und die der jeweiligen Auftragnehmer an einer diskriminierungsfreien, transparenten und rechtsstaatlichen Vergabe gewahrt werden. Dabei diskutieren wir derzeit, das Vergaberecht in



6. Welche gesetzlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, dass zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen der Aspekt einer regionalen Versorgung rechtsverbindlicher Bestandteil sein kann?

stellen und daher den Zuschlag erhalten. Auch kürzere Anfahrtswege können zu einem Kostenvorteil führen. Außerdem sind bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen mittelständische Interessen besonders zu berücksichtigen. Leistungen sind daher in der Regel in Teil- oder Fachlosen zu vergeben (§ 97 Abs. 4 GWB). Das Gebot der Losaufteilung ermöglicht gerade kleinen und mittleren (und damit auch vielen regionalen) Unternehmen, am Wettbewerb um öffentliche Aufträge teilzunehmen. Insbesondere kürzere Anfahrtswege können zu einem Kostenvorteil führen. Wir raten daher den öffentlichen Auftraggebern dazu, bei der Auftragsvergabe konsequent von der Möglichkeit zur Losbildung Gebrauch zu machen. Darüber hinaus sind derzeit keine weiteren gesetzlichen Schritte erforderlich.

weis für die Einhaltung von Standards einführen. Mit einer Länderöffnungsklausel wollen wir sicherstellen, dass Bundesländer als Vorreiter auch weiterhin ambitioniertere Regelungen treffen können und so nicht nur bei den Ausführungsbedingungen, sondern auch bei der Leistungsbeschreibung und der Festlegung von Eignungs- und Zuschlagskriterien strategische Ziele vorgeben können.

sollte eindeutigen Kontrollen und Sanktionen unterliegen. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, den Abschluss von TTIP, CETA, JEFTA und anderen Handels- und Investitionsabkommen zu verhindern. Diese Abkommen sind darauf angelegt, die Bindung der öffentlichen Beschaffung an soziale, ökologische und andere Kriterien zu unterlaufen. Mit Blick auf die Zukunft will DIE LINKE eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

Deutschland einheitlich zu regeln und für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte einen effektiven Rechtsschutz einzuführen. Denn ein einheitliches, unbürokratisches und faires Vergaberecht ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen entscheidend dafür, dass diese sich überhaupt an der Ausschreibung öffentlicher Aufträge beteiligen. Für den Mittelstand ist besonders wichtig, dass auch bei kleineren Aufträgen die Vergabe gerichtlich überprüfbar ist.



7. Wie kann bzw. muss aus Sicht Ihrer Partei eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel aussehen?

Die Verbraucher interessieren sich immer stärker dafür, wie ihre Lebensmittel erzeugt werden und wo sie herkommen. Viele Menschen möchten Lebensmittel vor allem aus der eigenen Region kaufen. Dem haben wir bereits mit der Einführung des „Regionalfensters“ Rechnung getragen, mit dem gekennzeichnet werden kann, woher die einzelnen Anteile der Lebensmittel stammen. Nach den Kriterien müssen die Hauptzutat und die wertgebende Zutat des Lebensmittels zu einhundert Prozent aus der angegebenen Region stammen. Das „Regionalfenster“ ist auf Erfolgskurs: Derzeit sind schon rund 4.000 Produkte registriert – bei wachsender Nachfrage. Wir wollen diese Kennzeichnung noch bekannter machen und wollen zudem auch die Regional- und Herkunftskennzeichnung insgesamt ausbauen. Verpflichtend ist die Her-

Wir setzen uns für eine klare Herkunftskennzeichnung auf Lebensmitteln ein. Es muss erkennbar sein, wo ein Produkt hergestellt wurde und wo seine Rohstoffe herkommen, insbesondere im Fall von Fleisch. Wir haben uns deshalb in der vergangenen Legislaturperiode ganz besonders für eine verpflichtende Herkunftsangabe auf verarbeiteten Fleischprodukten stark gemacht. Sie wird vom zuständigen CSU-geführten Bundesministerium jedoch bisher abgelehnt. Ein freiwilliges Label, mit dem regionale Produkte besonders ausgelobt werden, muss auf einheitlichen und verbindlichen Standards basieren, die das Regionalitätsverständnis der Verbraucherinnen und Verbraucher widerspiegeln. Die aktuell geltenden Parameter des vom Bundesernährungsministerium entwickelten „Regionalfensters“ sollten deshalb noch einmal mithilfe der Verbraucherforschung auf den Prüfstand gestellt werden.

Angesichts der vielen verschiedenen regionalen Labels, Siegeln und Marken ist für Verbraucherinnen und Verbraucher schwer zu erkennen, welche Lebensmittel wirklich regional sind. Denn hinter den verschiedenen Regional-Auslobungen stecken sehr unterschiedliche Standards, die jeweiligen Kriterien sind für die Kund*innen kaum ersichtlich und entpuppen sich häufig als viel zu schwach. Daher wollen wir erreichen, dass Lebensmittel, die mit regionaler Herkunft werben, auf dem Etikett erläutern müssen, was ihre Regionalangabe tatsächlich bedeutet – so wie es beim freiwilligen Regionalfenster heute schon der Fall ist. Außerdem wollen wir das Regionalfenster verbessern: Wir sprechen uns dafür aus, dass mindestens 70% der Zutaten aus der Region kommen müssen und eine Grenze festgelegt wird, wie weit der vom Produkt zurückgelegte Weg sein darf. Durch Fördermaßnahmen

DIE LINKE begrüßt das heutige „Regionalsiegel“ als einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist das derzeitige Konzept zu schwach und unkonkret. Es bedarf gesetzlich vorgeschriebener Kriterien und eines gesetzlichen Schutzes des Begriffs „Regional“. Wir kritisieren, dass zum Beispiel Qualitätsangaben und staatliche Kontrolle fehlen. Bei echter regionaler Erzeugung und Vermarktung müssen umliegende Landwirtschaftsbetriebe und das örtliche Lebensmittelhandwerk im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus muss der Mindestanteil regionaler Zutaten weiter erhöht und eine Höchstkilometerzahl eingeführt werden. Das muss bei einer Regional-kennzeichnung deutlich werden. DIE LINKE will, dass die Erzeugungskette von Lebensmitteln vollständig nachvollzogen werden kann. So spricht sich DIE LINKE dafür aus, Her-

Zur Kennzeichnung bzw. Zertifizierung regionaler Lebensmittel steht eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung - von europarechtlich geschützten Herkunftsbezeichnungen (g.g.A., g.U. oder g.t.S.) über das Regionalfenster und die Qualitätszeichen der Länder bis hin zu privaten Zertifizierungssystemen mit zum Teil hoher Marktdurchdringung. Aufgrund dieser Vielfältigkeit ergibt sich auch kein einfacher gesetzgeberischer Lösungsansatz. Die Glaubwürdigkeit entsprechender Kennzeichnungen steht und fällt in jedem Fall mit einer verlässlichen externen Kontrolle der zertifizierten Standards. Dies kann jedoch durchaus auch im Rahmen privater Regionalinitiativen gewährleistet werden.



7. Wie kann bzw. muss aus Sicht Ihrer Partei eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel aussehen?

kunftsangabe bereits bei Obst und Gemüse, bei unverarbeitetem und unverpacktem Fleisch. Wir setzen uns auf EU-Ebene für die Ausweitung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung ein. Zudem wollen wir Standards für Regionalsiegel, denn die Anzahl der schon existierenden Siegel ist groß und die Kriterien sind unterschiedlich. Für die Verbraucher soll es übersichtlicher werden.

und ein neues Bundesprogramm Regionalvermarktung wollen wir mehr regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen schaffen.

kunftsangaben für Fleisch und Hühner-Eiern auch auf verarbeitete Produkte auszuweiten. Mit Hilfe eines „Tracking-Codes“ können wichtige Informationen zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE fordert darüber hinaus einen „Reisepass für Lebensmittel“. Damit wird klar erkennbar, wenn Rohstoffe Tausende von Kilometern durch Europa gereist sind.



8. Sehen Sie die Notwendigkeit zur Schaffung eines eigenen Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung? Wenn ja, wie soll dieses ausgestaltet werden?

Wir werden die Bildung von Regionalmarken weiter fördern, denn sie bieten Landwirtschaft, Tourismus und den handwerklichen Lebensmittelbetrieben (Bäckereien, Metzgereien, Käsereien usw.) gleichermaßen gute Chancen. Das wollen wir mit einer bundesweiten Kampagne für regionale Erzeugnisse und Einkaufsmöglichkeiten verbinden.

Wir werden uns für ein Bundesprogramm zur Förderung der Regionalvermarktung einsetzen. Regionalvermarktung kommt den Wünschen vieler Verbraucher entgegen, bietet den beteiligten Landwirten einen stabilen Absatzweg und vermeidet unnötig lange Wege. Nicht zuletzt hält sie die Wertschöpfung in der Region.

Ja. Regionale Produkte liegen bei Verbraucher*innen im Trend. Durch bewusstes Kaufverhalten möchten Verbraucherinnen und Verbraucher auch Verantwortung für ihre Region übernehmen sowie landwirtschaftliche und verarbeitende Betriebe vor Ort unterstützen. Der Auf- und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten für Lebensmittel sind somit wichtige Bausteine, um Betriebe bäuerlicher Landwirtschaft und das Lebensmittelhandwerk zu stärken, neue Wirtschaftspotentiale in ländlichen Räumen zu erschließen und lebenswerte, zukunftsfähige Regionen zu erhalten. Mit einem Bundesprogramm „Regionalvermarktung“ wollen wir die bundesweite Vernetzung von Regionalvermarktungsinitiativen voran bringen und einen Best-Practice-Austausch fördern. Um den Absatz von Regionalprodukten auch über geförderte Projekt-Phasen hinaus dauerhaft zu sichern, sollen

Ja. Ein solches Bundesprogramm ist notwendig. Seit langem fordert die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in den Haushaltsverhandlungen, dass die Mittel zur Förderung der Agrarexporte gestrichen und die freiwerdenden Haushaltsmitteln von drei Millionen Euro in die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe investiert werden. Äquivalent könnte auch im Rahmen der GAK (europäische Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) bzw. die Regionalvermarktung vom Bund gefördert werden. Die Länder und Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.

Es stellt sich die Frage, in welchem Maße ein Bundesprogramm zur Förderung der Regionalvermarktung über die Bereitstellung von Mitteln für regionale Marketingmaßnahmen hinausgehen kann und sollte. Je enger die Vorgaben des Bundes desto größer die Herausforderung für die Regionen, die jeweiligen Eigenheiten und Vorzüge dabei hervorzuheben und zu betonen. Unabhängig davon sehen wir, dass die von deutscher und europäischer Ebene getragenen Fördermaßnahmen zur touristischen Vermarktung der Regionen überaus erfolgreich sind und nach Möglichkeit ausgebaut werden sollten, nicht zuletzt um von der globalen touristischen Entwicklung profitieren zu können.



8. Sehen Sie die Notwendigkeit zur Schaffung eines eigenen Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung? Wenn ja, wie soll dieses ausgestaltet werden?

über ein Bundesprogramm umfassende Informationskonzepte für Verbraucher*innen entwickelt und umgesetzt werden, mit denen die besonderen Stärken regionaler Qualitätsprodukte vermittelt werden.